



Landtagswahl 2023

Forderungen der hessischen IHKs



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

#GemeinsamFürHessensWirtschaft



Fachkräfte sichern

HIHK-Forderungen zur Landtagswahl 2023

Auf einen Blick

Viele Betriebe suchen bereits heute händeringend nach Mitarbeitern. Bis zum Jahr 2035 könnten 523.000 Fachkräfte in Hessen fehlen. Der Anteil der beruflich Qualifizierten an dieser Fachkräftelücke liegt bei 90 Prozent. Die duale Ausbildung ist der zentrale Hebel, um den Fachkräftebedarf der hessischen Wirtschaft zu decken. Die Zahl an neuen Auszubildenden geht jedoch weiter zurück.

Das gemeinsame Ziel aller Akteure am Übergang Schule – Beruf muss daher lauten: nach dem allgemeinbildenden Schulabschluss sollte die duale Ausbildung wieder zum Normalfall werden. Deshalb gilt es dem pauschalen Trend zum höheren Schulabschluss und dem unreflektierten Einstieg ins Studium entgegenzuwirken.

Dafür muss das Image der dualen Ausbildung verbessert und praxisnahe berufliche Orientierung an Schulen flächendeckend umgesetzt werden. Nur so kann Bildungsabbrüchen vorgebeugt und eine duale Karriere als gleichwertige Alternative zum Studium platziert werden. Zusätzlich zu diesen Aktivitäten muss die Fachkräftezuwanderung gestärkt werden.

Bessere Bildungsübergänge und flächendeckende berufliche Orientierung

Mehrheit der Schulabgänger sollte in duale Ausbildung münden

Der Erfolg der beruflichen Orientierung muss an dem Ziel gemessen werden, mehr als die Hälfte eines Jahrgangs in die duale Ausbildung zu steuern. Die hohen Abbruchquoten im Studium zeigen, dass dieser Weg für viele Jugendliche nicht der richtige ist. Daher muss auch an Gymnasien frühzeitig über duale Karrierewege und die Durchlässigkeit des Bildungssystems informiert werden. Die Höhere Berufsbildung und das Studieren ohne Abitur sollten zum festen Bestandteil der beruflichen Orientierung in allen Schulformen werden. Dies kann nur gelingen, wenn in der Lehrkräftebildung über die dualen Karrierewege in verpflichtenden Angeboten informiert wird.

Gleichzeitig kann über Bewerbungsverfahren für Vollzeitangebote der Beruflichen Schulen wie z. B. der Fachoberschule und verpflichtende Studienorientierungstests verhindert werden, dass Jugendliche diese Wege unreflektiert einschlagen. Vor Studienbeginn sollten zudem Studienfähigkeitstests absolviert werden. Außerdem sollten Abschlüsse, die einem dualen Beruf entsprechen, zugunsten einer Umsteuerung in die duale Ausbildung abgeschafft werden.

Forderungen

- Informationsangebote zu dualen Karrierewegen in allen Schulformen
- Bewerbungsverfahren für Vollzeitangebote in Beruflichen Schulen
- Studienorientierungs- und Studienfähigkeitstest vor Studienbeginn



IHK

Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Inhalte der beruflichen Orientierung als fester Bestandteil des Fachunterrichts

Im Schulalltag wird dem Fachunterricht oftmals ein höherer Stellenwert beigemessen als der Vorbereitung des Übergangs in die Arbeitswelt. Damit alle Lehrkräfte die berufliche Orientierung voranbringen, sollten Bezüge zur Berufswelt als fester Bestandteil des Fachunterrichts verankert werden. Daher sollten die Inhalte der beruflichen Orientierung Eingang in die Kerncurricula finden.

Duale Ausbildung stärken

Berufsschulen auch qualitativ zukunftsfähig aufstellen

Wir unterstützen den Prozess „Zukunftsfähige Berufsschule“ auch zur Stärkung der Berufsschulstandorte im ländlichen Raum, der auch nach der Landtagswahl Bestand haben sollte. Die neue Landesregierung sollte deutlich machen, wie in den ab 2025 verordneten Bezirks- und Landesfachklassen die Qualität des Lehrpersonals, der Unterrichtsversorgung und der Ausstattung gesichert wird. Die Einsparungen aus dem Prozess müssen ausschließlich dem Berufsschulsystem zugute kommen. Wir erwarten eine verbesserte finanzielle Unterstützung von Auszubildenden bei Fahrtkosten und bei der Unterbringung am Schulstandort. Von Berufsschulen wird eine exzellente digitale Ausstattung und der Einsatz digitaler Lernmethoden erwartet. Hierfür sollte auch Distanzunterricht für Fachstufen in IT-affinen Berufen genutzt werden. Das Land sollte in Abstimmung mit den Schulträgern dafür sorgen, dass die Ausstattung und die Infrastruktur der Berufsschulen landesweit einem einheitlichen hohen Standard entspricht.

Gleiche Förderrahmenbedingungen für duale und akademische Bildung

Die Gleichwertigkeit dualer und akademischer Bildung sollte auch bei den Förderrahmenbedingungen gelten. Für die Förderung von Auszubildenden und Ausbildungsunternehmen, für das Angebot zum Wohnen und für das Marketing für duale Berufsausbildung sollte das Fördervolumen ähnlich hoch sein wie im akademischen System. Auch sollten das Volumen des Marketing-Budgets des Wirtschaftsministeriums zur Bewerbung der dualen Berufsausbildung dem Volumen von Marketing-Budgets von Hochschulen zur Akquise von Studierenden entsprechen.

Ausländische Fachkräfte und Digitalisierung als Antwort auf den demografischen Wandel

Qualifizierte Zuwanderung weiter erleichtern

Angesichts des demografischen Wandels wird das Engagement für berufliche Orientierung und duale Ausbildung in Zukunft nicht vollständig ausreichen, um den Fachkräftebedarf zu decken. Der Zuzug von ausländischen Fachkräften ist daher ebenfalls ein entscheidender Hebel für die Fachkräftesicherung. Deshalb sollte die qualifizierte Zuwanderung weiter erleichtert werden. Mit dem Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im März 2020 wurde dafür ein wichtiger Schritt unternommen. Im Zuge der Umsetzung des Gesetzes sind Verbesserungsmöglichkeiten offensichtlich geworden. So sollte zum Beispiel eine „Zentrale Ausländerbehörde“ in Hessen eingerichtet werden. Die Einrichtung sollte an eine bereits bestehende Ausländerbehörde mit Erfahrung in der Durchführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens angegliedert werden. Dadurch könnten die Fachkräfteverfahren hessenweit gebündelt und im Rahmen von einheitlichen Verwaltungsprozessen schneller bearbeitet werden.

Anprechpartner/-in: Dr. Benedikt Porzelt | @benedikt.porzelt@ darmstadt.ihk.de | ☎ 06151 871-1180
 Dr. Brigitte Scheuerle | @b.scheuerle@frankfurt-main.ihk.de | ☎ 069 2197-1223
 Sebastian Trippen | @s.trippen@frankfurt-main.ihk.de | ☎ 069 2197-1482



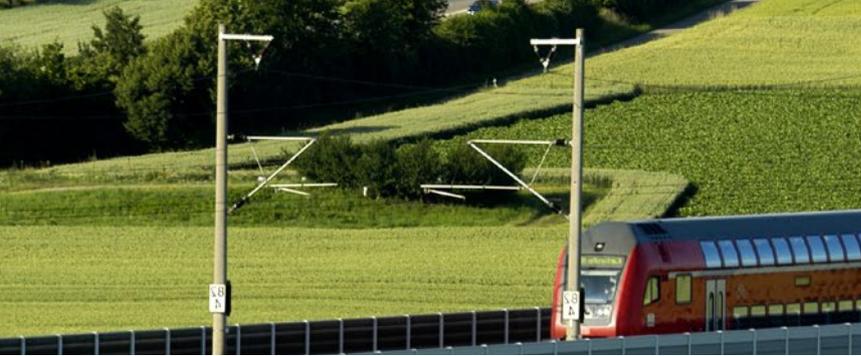
Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Forderungen

- Festhalten am Prozess „Zukunftsfähige Berufsschule“
- Bessere finanzielle Unterstützung von Auszubildenden bei Blockunterricht
- Flächendeckende exzellente digitale Ausstattung an Berufsschulen
- Einsatz digitaler Lernmethoden

Forderungen

- Zentrale Ausländerbehörde für Fachkräfteeinwanderung errichten
- Fachkräfteverfahren schneller bearbeiten



Infrastruktur ausbauen, Mobilität stärken

HIHK-Forderungen zur Landtagswahl 2023

Auf einen Blick

Über drei Viertel der Unternehmen bewerten laut der hessischen Verkehrsumfrage von 2019 die Bedeutung einer leistungsfähigen Infrastruktur als hoch oder sehr hoch. Die Auswirkungen einer maroden Infrastruktur zeigt sich in Hessen durch unsanierte Landstraßen, gesperrte Autobahnbrücken sowie unpünktliche Personen- und Güterzüge aufgrund des chronisch überlasteten Schienennetzes in FrankfurtRheinMain. Daher ist es den hessischen Industrie- und Handelskammern ein wichtiges Anliegen, dass der Sanierungs- und Ausbaustau auf Hessens Straßen und Schienen zügig behoben wird. Die Planung von Verkehrsinfrastrukturprojekten nimmt aber nicht selten Jahrzehnte in Anspruch.

Für die hessische Wirtschaft sind attraktive und leistungsfähige Infrastrukturen des Umweltverbundes ein wichtiger Standortfaktor. Unternehmen haben den Anspruch, ihren Anteil zur Stärkung einer nachhaltigen Mobilität zu leisten. Für sie ist es aber auch eine Notwendigkeit, mit allen Verkehrsträgern erreichbar zu sein. Eine Verlagerung der Mobilität von Mitarbeitern und Kunden auf den Umweltverbund entlastet die Wirtschaftsverkehre, die auch in Zukunft überwiegend auf der Straße durchgeführt werden müssen.

Hessen ist ein attraktiver Standort für Logistikunternehmen, daher konnte sich Hessen als wichtige Drehscheibe der Logistik etablieren. Die wirtschaftliche Bedeutung der Logistik wird allerdings oftmals unterschätzt oder nur verzerrt wahrgenommen. Ein landesweites Logistikkonzept könnte die zahlreichen Herausforderungen adressieren – vom Fachkräftemangel über kombinierte Verkehre bis zu Logistikflächen – und Lösungswege aufzeigen.

Planung und Genehmigung beschleunigen

Infrastruktur schneller ausbauen

Aus Sicht der hessischen Wirtschaft ist der erste Schritt eine politische Verständigung darüber, dass das politische Ziel einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur über den Einzelinteressen stehen muss. Langwierige Verfahren und stillstehende Projekte zeigen, dass diese Verständigung nicht immer üblich ist. Darüber hinaus sind Verbesserungen in den Planungsprozessen notwendig, um die Fertigstellung von Verkehrsinfrastruktur wieder planbar zu machen.

Planungs- und Genehmigungsverfahren in den Bereichen Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie Flächenentwicklung müssen vereinheitlicht, beschleunigt und vereinfacht werden. Dies kann geschehen durch:

- Zusammenführung und Vereinfachung von Verfahren (z.B. Umweltprüfungen, Vermeidung von Doppelprüfungen)
- Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren optimieren und außerhalb des Planrechtsverfahrens umsetzen (z.B. Ausräumen von Konflikten durch frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung)

Forderungen

- Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinheitlichen, beschleunigen und vereinfachen
- Prozesse vollständig digitalisieren
- Planungspersonal aufstocken



IHK
Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

- Instanzenverkürzung und Regeldauer bei Gerichtsverfahren
- Genehmigungsfiktion für Behörden
- Wiedereinführung der Präklusion
- Task Forces für eilbedürftige Infrastrukturen
- Bereitstellung von Planungskapazitäten
- Verschlankung des EU-Rechts im Bereich Natur- und Wasserschutz

ÖPNV stärken

Mobilität von Fachkräften sicherstellen

Der ÖPNV ist unverzichtbar, um die Erreichbarkeit der Unternehmen für ihre Fachkräfte sicherzustellen. Er entlastet den Straßenverkehr und kann einen entscheidenden Beitrag zur Dekarbonisierung leisten. In den Ballungsräumen ist die ÖPNV-Infrastruktur bereits heute überlastet und sollte daher weiter ausgebaut werden. Im ländlichen Raum besteht ebenfalls ein Ausbaubedarf. Hierzu zählen die Einrichtung weiterer Bus- und Bahnlinien, die Erhöhung der Taktraten und eine Stärkung der Angebote an den Tagesrandzeiten. Zur Stärkung des ÖPNV-Angebots zählt ebenfalls die Verbesserung der Verknüpfung zwischen den ländlichen Räumen und den Arbeitsplatzschwerpunkten in den Ballungsräumen, u.a. damit die Unternehmen besser für ihre Fachkräfte erreichbar sind. Ergänzt werden sollte dies sowohl in den Ballungsräumen als auch in den ländlichen Räumen durch bundesländerüberschreitende Verbindungen und Verkehrswege. Die Finanzierung des ÖPNV durch Bund, Länder und Kommunen sollte auskömmlich sein. Das Land sollte über die Regionalisierungsmittel hinaus stärker Maßnahmen für Investitionen und Betrieb im ÖPNV fördern und sich für eine solide Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz stark machen. Die hessischen Unternehmen leisten durch Fahrtkostenzuschüsse und durch Investitionen in nachhaltige und saubere Mobilitätsformen bereits einen großen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV und zur umweltfreundlichen Verlagerung von Verkehren.

Ganzheitliches Logistikkonzept für Hessen entwickeln

Verlässliche Rahmenbedingungen für die Logistikbranche schaffen

Für den Transport von Waren zur Versorgung der Bevölkerung und der Unternehmen fehlt ein ganzheitliches Logistikkonzept in Hessen. Da die Verkehre nicht an den Landesgrenzen enden, sollte ein solches Konzept auch eine länderübergreifende Perspektive beinhalten. Unternehmen fragen verstärkt klimaneutrale Transportmöglichkeiten nach. Dazu gehört insbesondere der kombinierte Verkehr. Das Logistikkonzept sollte daher den Bedarf von Flächen für den kombinierten Verkehr in besonderem Maße berücksichtigen. Dazu sollten strategische Flächen gesichert und für mögliche Investoren entwickelt werden. Bei der Genehmigung von Bebauungsplänen sollte darauf geachtet werden, dass bestehende Schienenverkehrsinfrastrukturen, die sich für kombinierte Verkehre eignen, nicht voreilig zurückgebaut werden. Zu diesen Infrastrukturen gehören unter anderem Gleisanschlüsse, Gleisvorfelder, Nebenstrecken oder Weichen.

Ausbau von Lkw-Stellplätzen zügig voranbringen

An allen hessischen Autobahnen sollten dringend neue Lkw-Stellplätze mit ausreichend Tank- und Ladeinfrastruktur sowie Unterkunftsmöglichkeiten für Lkw-Fahrer geschaffen werden. Zur kurzfristigen Entlastung des Stellplatzmangels sollte die bestehende Förderung von Lkw-Stellplätzen auf autobahnnahe Betriebshöfen von Unternehmen intensiviert werden.

Schienen Güterverkehr stärken

Dringend notwendige Baumaßnahmen erschweren den Gütertransport auf der Schiene. Dies führt zu teils wochenlangen Verzögerungen, sodass grundlegende Betriebsabläufe gefährdet sind. Neben dem Ausbau des Schienennetzes sollten dem Güterverkehr ausreichend Trassen zur Verfügung gestellt werden.

Anprechpartner/-in: Dr. Alexander Theiss | @ a.theiss@frankfurt-main.ihk.de | ☎ 069 2197 1332



Hessischer Industrie- und Handelskammertag

Forderungen

- Auskömmliche ÖPNV-Finanzierung sicherstellen
- Beschleunigung des Aus- und Neubaus von Infrastrukturen
- Gründung einer Hessischen Planungsgesellschaft für Schienenstrecken prüfen
- Reduzierung der Bauarbeiten an Parallel-Trassen auf Straße und Schiene
- Kommunikation baustellenbedingter Einschränkungen optimieren

Forderungen

- Logistikkonzept für Hessen entwickeln
- Fahrermangel bekämpfen durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen (z.B. Ausbau der Lkw-Stellplätze)
- Für den Güterverkehr mehr Terminalinfrastrukturen und Umschlagflächen bauen
- Stärkere Priorisierung von Güterverkehrstrassen auf der Schiene
- Sicherstellen der Verfügbarkeit von Logistikflächen



Fachkräfte benötigen Wohnraum – Wirtschaft braucht Fläche

HIHK-Forderungen zur Landtagswahl 2023

Auf einen Blick

Die hessischen Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen. Der Fachkräftemangel, die Energiekrise und nicht zuletzt die nachhaltige Transformation der Wirtschaft erfordern eine tiefgreifende Veränderung der Unternehmen und der Geschäftsmodelle. Hierfür ist eine ausreichende Flächenversorgung von großer Bedeutung. Dabei geht es sowohl um die Reaktivierung von bestehenden Flächen, als auch um die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbeflächen. Dabei sind neben den Fragen der Verkehrsanbindung, der Infrastruktur und der Bedarfe der Nutzer auch weitere Kriterien wie zum Beispiel der Wasserversorgung, der Klimafolgenanpassung und der Biodiversität zu berücksichtigen.

Den schon heute spürbaren Flächenmangel kann nur durch mutige, zukunftsgerichtete Kommunalpolitik entgegengetreten werden. Bund, Land und weitere Akteure sind gefordert, die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Denn Wirtschaft braucht Fläche, Fachkräfte brauchen Wohnraum.

Transformation der Unternehmen braucht Raum

Gewerbeflächen nachhaltig entwickeln

Besonders in der Metropolregion FrankfurtRheinMain, aber auch in vielen in anderen Regionen Hessens werden die Gewerbeflächenpotenziale immer knapper. Das führt dazu, dass sich viele Anfragen von internationalen Unternehmen, die beim Standortmarketing des Landes oder bei den Regionen eingehen, nicht bedient werden können. Gleichzeitig haben viele bestehende Unternehmen in Hessen einen Bedarf an Entwicklungsflächen. Unter anderem erfordern neue Geschäftsmodelle und nachhaltige Mobilitäts- und Produktionskonzepte Flächen für Entwicklung und Erweiterung. Auch diese können oft nicht erfüllt werden, was schlimmstenfalls dazu führt, dass diese Unternehmen abwandern oder sich zumindest nicht am Standort entwickeln können. Hinzu kommt, dass in den Kommunen häufig die Akzeptanz für eine Gewerbeentwicklung fehlt. Hier sind besonders häufig die Industrie, die Logistikbranche, Rechenzentren und nicht zuletzt auch der Rohstoffabbau betroffen. Entscheidungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern oft sehr lange und sind mit kostenintensiven Gutachten verbunden.

Forderungen

- Strategische Flächenentwicklung stärken
- Gewerbeflächenmonitoring etablieren
- Lösungen für Ziel- und Interessenskonflikte suchen
- Akzeptanz für gewerbliche Entwicklungen fördern
- Landesweite Entwicklungsstrategie erarbeiten

Das Land Hessen sollte deshalb:

- die Kommunen bei einer strategischen und nachhaltigen Flächenentwicklung unterstützen,
- ein übergreifendes Gewerbeflächenmonitoring aufbauen,
- Kommunen und Regionen bei der Lösung von Herausforderungen unterstützen, die eine Flächenentwicklung erschweren (Klimafolgenanpassung, Wasserversorgung, Nutzungskonkurrenzen und Interessenskonflikte),
- den Landesentwicklungsplan Hessen nicht immer nur fortschreiben, sondern grundlegend neu aufstellen und dabei auch konkrete, zukunftsgerichtete, regional angepasste Entwicklungsstrategien für Wohnen und Gewerbe erstellen,
- Beschleunigungspotenziale bei der Planung- und Genehmigung von gewerblichen Projekten identifizieren,
- die Baulandoffensive Hessen weiterentwickeln und auch für Gewerbeflächen öffnen,
- Anreize für die Ausweisung von interkommunalen Gewerbegebieten setzen,
- den Abbau heimischer Rohstoffe, wie z. B. Sand und Kies fördern und gleichzeitig Anreize setzen für die verstärkte Nutzung von Recyclingbaustoffen.

Arbeitskräfte brauchen Wohnraum

Anreize für die Schaffung von Wohnraum setzen

Der steigende Fachkräftemangel wird für viele Unternehmen in Hessen zu einem der größten Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. In den nächsten Jahren wird die Generation der „Baby-Boomer“ in den Ruhestand gehen und diese Situation weiter verschärfen. Aktuell finden Arbeitskräfte - insbesondere in den Kernstädten und den Ballungsräumen Hessens - kaum noch verfügbaren und bezahlbaren Wohnraum. Die Nachfrage nach Wohnraum ist höher als das vorhandene Angebot, wodurch das Preisniveau in den vergangenen Jahren konstant gestiegen ist. Der Mangel an Wohnraum trifft dabei nicht nur Geringverdiener, Studierende und Auszubildende, sondern verstärkt auch Personen mit mittleren Einkommen. Fehlende Baulandausweisungen und eine zu geringe Bautätigkeit in der vergangenen Dekade haben zu dieser Angebotslücke geführt. Die zuletzt stark gestiegenen Material- und Energiekosten gepaart mit den Lieferketten-schwierigkeiten, dem Fachkräftemangel im Baugewerbe sowie der erhöhten Bauzinsen verschlechtern zusätzlich die aktuellen Rahmenbedingungen für die Branche und gefährden Neubauprojekte.

Das Land Hessen sollte deshalb:

- Anreize für die Ausweisung von Flächen durch die Kommunen setzen, z. B. durch eine Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs,
- prüfen, welche Anforderungen in der hessischen Bauordnung angepasst werden können, um das Bauen zu beschleunigen, zu vereinfachen und die Baukosten zu senken (z.B. bedarfsorientierte Barrierefreiheit),
- auf weitere Eingriffe in den Markt, wie Mietpreisbremsen, Mietpreisdeckel, Umwandlungsverbote und Vorkaufsrechte verzichten bzw. vorhandene Regelungen ändern oder wieder abschaffen,
- Kommunen bei der Finanzierung von Folgekosten für soziale Infrastruktur unterstützen,
- Kommunen bei der Suche nach Kita-Mitarbeitern unterstützen, z. B. durch eine Vereinfachung der Regelungen für Quereinsteiger und einer Optimierung der Ausbildung,
- die Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 Prozent senken.

Forderungen

- Kommunalen Finanzausgleich als Anreiz zur Flächenausweisung nutzen
- Auf Eingriffe in den Markt verzichten
- Hessische Bauordnung mit dem Ziel der Beschleunigung und Kostensenkung überarbeiten
- Kommunen bei sozialer Infrastruktur unterstützen
- Grunderwerbsteuer senken

Anprechpartner/-in: Frank Achenbach | @achenbach@offenbach.ihk.de | ☎ 069 8207 241



Hessischer Industrie- und Handelskammertag



Starke Wirtschaftsstandorte in ganz Hessen

HIHK-Forderungen zur Landtagswahl 2023

Auf einen Blick

Der Erhalt der Attraktivität Hessens als Wirtschaftsstandort und die Antwort auf die Frage, wie mit den unterschiedlichen Dynamiken in wachsenden Städten und schrumpfenden ländlichen Regionen umgegangen werden soll, sollte ein Ziel einer neuen Landesregierung sein. Diese Aufgabe wird aufgrund des Strukturwandels in der Wirtschaft, der Nachfrage von Unternehmen nach ausreichend Gewerbeflächen und angesichts des wachsenden Arbeitskräftemangels an Bedeutung gewinnen. Es braucht den Willen der Politik, Potenziale zu stärken und Standortnachteile durch aktives Unterstützen von Kommunen und Unternehmen auszugleichen und Lösungen zu finden, wie das prognostizierte Bevölkerungswachstum in einigen Teilen Hessens und der Rückgang in anderen Teilen gestaltet und bewältigt werden können.

- Von der Konzepterstellung über Projektleitung bis hin zu Fördermitteln sollte konkrete Hilfestellung seitens der Landesregierung geboten werden, die nicht an Überregulierung scheitert.
- Formulierung von klaren Entwicklungszielen für alle hessischen Regionen in einem neu aufzustellenden Landesentwicklungsplan
- Gezielte Stärkung der wirtschaftlichen Potenziale einzelner Regionen (z.B. Tourismus, Branchencluster)

Stärken in den Regionen stärken

Der ländliche Raum hat durch die Pandemie und fortschreitende Digitalisierung an Attraktivität gewonnen. Die Potenziale, die der ländliche Raum bietet, sollten in Anknüpfung an die vorhandenen industriellen Kerne mit Fokussierung auf Wachstumsbranchen genutzt werden, um neue Impulse zu setzen. Durch das Angebot von Gewerbeflächen werden Unternehmen angezogen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen generiert und dem demografischen Wandel im ländlichen Raum entgegengewirkt. Im Sinne der Nachhaltigkeit und der Gleichwertigkeit der Lebensräume gilt es, den ländlichen Raum weiter zu fördern. Eine wichtige Rolle für die Attraktivität der Kommunen im ländlichen Raum spielen auch die Innenstädte und Ortszentren.

Innenstädte zukunftsfähig machen

Der Einzelhandel befindet sich in einem Strukturwandel, der sich vor allem in den Innenstädten und Ortskernen kristallisiert. Sinkende Frequenzen sind eine Folge und die Bedeutung der Innenstadt als gesellschaftlicher Treffpunkt und „Mitte“ für die Bevölkerung droht verloren zu gehen. Hier gilt es, neue Nutzungen und Funktionen

Forderungen

- Bündnis für die Innenstadt verstetigen
- Förderprogramm Zukunft Innenstadt nach 2023 weiterführen



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

zu etablieren, wenn der Handel alleine seine Leitfunktion nicht mehr erfüllen kann. Ein Mittel hierzu ist die Stärkung der Funktionsvielfalt – Wohnen, Kultur, Bildung, Freizeitmöglichkeiten und natürlich Gastronomie und Handel sind wichtige Elemente.

Das Land unterstützt die Kommunen seit dem Jahr 2021 mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“. Begleitend zum Programm wird mit den geförderten Kommunen und den Partnern aus dem „Bündnis für die Innenstadt“ an einem Zukunftsplan gearbeitet, der gute Beispiele aus Hessen zusammentragen und Handlungsempfehlungen für Großstädte, aber auch mittlere und kleine Kommunen enthalten soll. Der Zukunftsplan soll dabei zum einen die umgesetzten Maßnahmen beleuchten und zum anderen Strategien zur nachhaltigen Gestaltung von Ortskernen und Innenstädten aufzeigen.

Für die weitere Gestaltung der Zentren vor dem Hintergrund der aktuellen Umwälzungen sollte das Land weitere Fördermittel bereitstellen, um die Kommunen – gemeinsam mit den vor Ort aktiven Akteuren und Unternehmen – in der Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Zukunftsplan zu unterstützen. Auch Maßnahmen zur Klimaanpassung sollten hier mitgedacht werden.

Verkaufsoffene Sonntage ermöglichen

Verkaufsoffene Sonntage sind ein erprobtes und hilfreiches Marketinginstrument zur Stärkung der Einkaufsstraßen. Die Unterstützung des Einzelhandels ist durch Corona und die Preissteigerungswelle als Folgen des Ukraine-Kriegs von zentraler Bedeutung zum Erhalt der Innenstädte sowie der Stadt- und Ortsteilzentren. Die derzeitige Regelung im Hessischen Ladenöffnungsgesetz ist nach der letzten Novellierung des Gesetzes noch weniger geeignet, Sonntagsöffnungen tatsächlich zu ermöglichen. Es sollte daher schnellstmöglich vom Landtag eine Regelung verabschiedet werden, die engagierten Gemeinden und ihrem Einzelhandel bis zu vier verkaufsoffene Sonntage, ohne die derzeit für viele Gemeinden nicht überwindbaren Hürden, erlaubt und die zahlreichen Gerichtsverfahren überflüssig macht. Hierbei sollte endlich von der zwangsweisen Kopplung der Sonntagsöffnung an Veranstaltungen Abstand genommen und andere Sachgründe ins Hessische Ladenöffnungsgesetz aufgenommen werden. Dass dies verfassungsrechtlich zulässig ist, hat das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil am 16. März 2022 noch einmal klargestellt.

Kommunen als Wirtschaftsstandorte stärken

Damit sich Kommunen entfalten und auch ihre wichtige Rolle als Gestalter der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort wahrnehmen können, benötigen sie eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung. Angesichts knapper Haushaltsmittel kann eine finanzielle Unterstützung der Kommune beispielsweise die Motivation der Politik zur Nutzung der Flächenpotentiale steigern. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der sich für viele hessische Unternehmen in den zurückliegenden Jahren zu einer zentralen Herausforderung entwickelt hat, kommt der Wohnraumversorgung eine besondere Bedeutung zu. Mit einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung wird auch die Grundlage für eine Politik geschaffen, die den unterschiedlichen Erfordernissen von Metropolregion und ländlichem Raum besser Rechnung trägt. Hierzu sollten das Land und der Bund durch weniger regulatorische Vorgaben und strikte Beachtung des Konnexitätsprinzips beitragen.

Forderungen

- Verkaufsoffene Sonntage als Marketinginstrument für Innenstädte und Stadtteilzentren wieder nutzbar machen

Forderungen

- Kommunen angemessen personell und finanziell ausstatten
- Investitionsanreize beim kommunalen Finanzausgleich schaffen

Anprechpartner/-in: Frank Achenbach | @ achenbach@offenbach.ihk.de | ☎ 0611 360 115-22
 Viktoria Ernst | @ ernst@hihk.de | ☎ 0611 360 115-10
 Dr. Alexander Theiss | @ a.theiss@frankfurt-main.ihk.de | ☎ 069 2197 1332



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag



Hessische Wirtschaft auf dem Weg zur Klima- neutralität unterstützen

HIHK-Forderungen zur Landtagswahl 2023

Auf einen Blick

Nachhaltigkeit ist in der hessischen Wirtschaft wichtig. Die hessische Wirtschaft hat bereits in den vergangenen Jahren große Kraftanstrengungen und viele Investitionen unternommen, um ihren - erheblichen - Beitrag zu leisten, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. So hat die Industrie ihre prozessbedingten CO₂-Emissionen von 1990 bis zu 2019 um rund ein Drittel gesenkt und die energiebedingten Emissionen im selben Zeitraum halbiert.

Die Unternehmen blicken mit großer Sorge auf die erheblichen Preissteigerungen bei den Energiekosten. Damit Hessen als Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt, benötigt die Wirtschaft eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung. Die Transformation hin zu einer CO₂-armen Wirtschaft erfordert beträchtliche Investitionen, insbesondere für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Unternehmen brauchen leistungsfähige Netze und eine ebensolche Energieinfrastruktur. Die Herausforderung für die Landespolitik ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu erhalten und die hessische Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen.

Bezahlbare, gesicherte und nachhaltige Energieversorgung gewährleisten

Erneuerbare Energien ausbauen

Die Energiekrise hat massive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Um das Ziel einer bezahlbaren, gesicherten und nachhaltigen Energieversorgung zu gewährleisten, ist neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien eine schnelle Ausweitung und Verbreiterung des Energieangebots erforderlich. Im Landesentwicklungsplan sollten daher mehr Flächen für den Ausbau von Wind und Photovoltaik als Vorranggebiete zur Verfügung gestellt werden. Vorgegebene Zielgrößen zur Flächeninanspruchnahme dürfen nicht zu Lasten des Ausbaus gehen. Derzeit befinden sich nur 42 Prozent der Bestandsanlagen in den 2 Prozent der hessischen Windvorranggebieten. Bei diesen Anlagen ist ein Repowering zur Erhöhung des Wirkungsgrades planungsrechtlich nicht möglich. Ein Repowering bestehender Windkraftanlagen außerhalb der Vorrangflächen sollte ermöglicht werden. Damit kann mehr Kapazität auf bestehender Fläche erzeugt werden. Sowohl die Nutzung der Fläche als auch die Umweltverträglichkeit ist bei diesen Anlagen bereits vorhanden. Gleichzeitig darf das Land den Netzausbau nicht aus dem Blick verlieren, denn für den Ausbau der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bedarf es leistungsfähiger Stromnetze.

Schneller planen und genehmigen

Lange Planungs- und Genehmigungsverfahren führen dazu, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien stockt. Aktuell beträgt die Dauer für Neugenehmigungen für Windenergieanlagen in Hessen im Durchschnitt 30 Monate ab dem Zeitpunkt der Antragsstellung. Planungs- und Genehmigungsverfahren im Bereich der Energieinfrastruktur müssen daher beschleunigt und vereinfacht werden, will man die EU-Klimaziele wirklich erreichen.

Forderungen

- Mehr Flächen für Wind- und Solarenergienutzung bereitstellen
- Repowering landesweit ermöglichen
- Parallel Netzausbau auf allen Ebenen voranbringen
- Brachliegende Potentiale der Wasserkraft erschließen
- Genehmigungsfiktion für Behörden
- Ausweitung und Verbreiterung des Energieangebots



IHK
Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Dies kann geschehen durch:

- Bereitstellung von Planungskapazitäten
- Konsequenter Einsatz und Weiterentwicklung digitaler Lösungen
- Optimierung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Umsetzung auch außerhalb des Planrechtsverfahrens
- Verbandsklagerecht nur für betroffenen Parteien
- Instanzenverkürzung und Regeldauer bei Gerichtsverfahren
- Taskforces/runde Tische für eilbedürftige Infrastrukturen

Einsatz von Wasserstoff beschleunigen

Wasserstoff wird perspektivisch im Wärmesektor Erdgas und Strom und im Verkehr flüssige Kraftstoffe und Batterien in Teilen ersetzen können. Insbesondere in der Startphase sollte nicht zwischen grünem, türkisem, blauem und grauem Wasserstoff unterschieden werden, um eine schnellere Markteinführung zu unterstützen. Darüber hinaus sollte das Land sicherstellen, dass alle Wirtschaftsregionen Hessens gleichermaßen die Möglichkeit erhalten, Bestandteil des geplanten Wasserstoffnetzes zu werden bzw. Regionen beim Aufbau einer eigenen Infrastruktur zu unterstützen.

Heimische Rohstoffförderung sichern

Abbau von Rohstoffen langfristig sichern

Mit seinen 30 Millionen Tonnen oberflächennahen mineralischen Rohstoffen steht Hessen bundesweit an vierter Stelle und fördert knapp 50 Prozent seiner eingesetzten Rohstoffe regional. Jedoch verhindern bürokratische Genehmigungsverfahren oder die fehlende öffentliche Akzeptanz die Ausweisung neuer Abbauflächen. Um Hessen resilient gegenüber externen Risiken wie Lieferverzögerungen und Preissteigerungen aufzustellen, bedarf es einer ausreichenden Versorgung mit heimischen Rohstoffen. Daher sollte das bestehende Rohstoffsicherungskonzept zügig aktualisiert werden, um Flächen für den Abbau von Rohstoffen langfristig zu sichern und Genehmigungsprozesse zu vereinfachen.

Für das walddreiche Bundesland Hessen hat der Rohstoff Holz eine besondere Bedeutung, auch mit Blick auf dessen stoffliche Nutzung. Die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftswaldes und des Clusters Holzwirtschaft sollte nicht durch weitere Stilllegungen ("Urwaldisierung") beschränkt werden.

Sand, Kies und Stein sind für die Baustoffproduktion und die Errichtung von Gebäuden und Infrastrukturen unverzichtbar. Der verantwortungsvolle Umgang mit heimischen Rohstoffen ist eine zentrale wirtschafts- und umweltpolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Mineralische Bau- und Abbruchabfälle werden bereits heute so hochwertig aufbereitet, dass sie wieder für den Wirtschaftskreislauf verfügbar sind. Diese Recyclingbaustoffe gilt es zielgerichtet zu fördern und bei den Ausschreibungsprozessen den Primärrohstoffen gleichzustellen.

Mehr Deponiekapazitäten schaffen

Der nachhaltige Umgang mit mineralischen Bau- und Abbruchabfällen entlastet die knappen hessischen Deponiekapazitäten. Das Land nimmt bewusst in Kauf, dass der Abraum in anderen Bundesländern zwischengelagert werden muss. Dabei müssen hessische Deponiebetreiber zusichern, dass sie das Material zurücknehmen. Der doppelte Transport verursacht vermeidbare CO₂-Emissionen. Daher sollte das Land sicherstellen, dass Landkreise und kreisfreie Städte die seit langem benötigten Verwertungs- und Deponiekapazitäten schaffen können.

Anprechpartner/-in: Henriette Kuhr | @kuhr@ihk.de | ☎ 0611 360 115-22
Thomas Kläßen | @klassen@lahndill.ihk.de | ☎ 02771/8421510



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Forderungen

- Branchenoffene Förderung
- Hessenweiten Zugang zu Wasserstoffnetzwerken sichern

Forderungen

- Aktualisierung Rohstoffsicherungskonzept
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
- Gleichstellung der Sekundärrohstoffe mit den Primärrohstoffen
- Mehr Deponiekapazitäten
- Leistungsfähigkeit des Wirtschaftswaldes erhalten und erhöhen



Impressum

Herausgeber

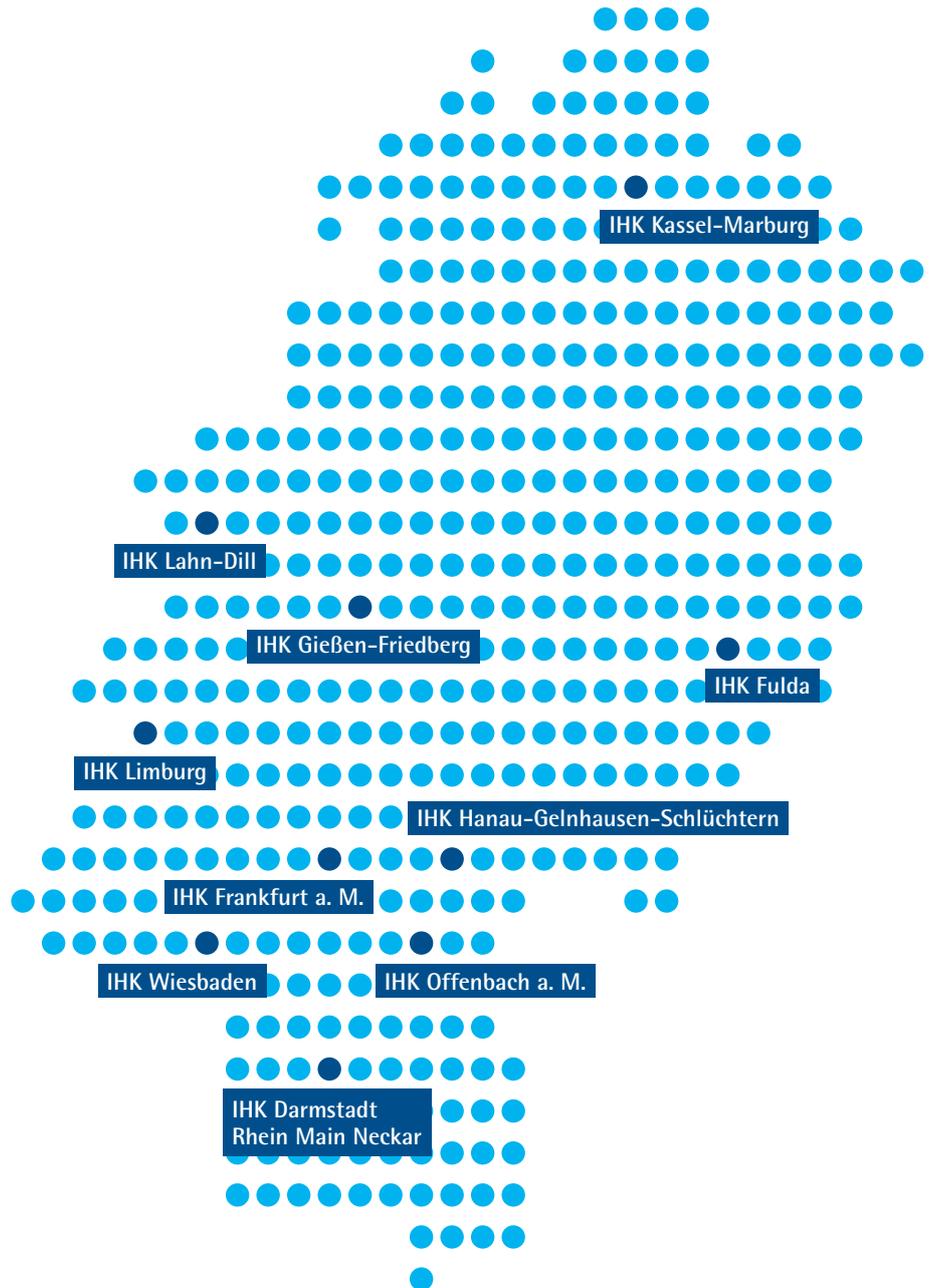
Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK) e. V.
Karl-Glässig-Straße 8
65183 Wiesbaden
☎ 0611 360 115-0
@ info@hihk.de
🌐 www.hihk.de

Bildnachweis

Titel: EKH-Pictures - stock.adobe.com

Stand

November 2022



Über den Hessischen Industrie- und Handelskammertag

Gemeinsam für Hessens Wirtschaft: Der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HIHK) koordiniert die landespolitischen Aktivitäten der zehn hessischen IHKs. Als Sprachrohr der gewerblichen Wirtschaft in Hessen vertreten wir die Interessen von rund 400.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Mit engen Kontakten zur Landesregierung, dem Landtag, den Medien sowie allen wichtigen Akteuren auf Landesebene wollen wir einen Beitrag leisten, damit die Standpunkte der hessischen Wirtschaft Gehör finden und auch in der öffentlichen Wahrnehmung zur Geltung kommen. Dabei ist das Gesamtinteresse der Wirtschaft der Maßstab unserer Arbeit.